

Die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1969

Von Hans-Jürgen Schmahl, Hamburg*)

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1970 ist durch die wirtschaftspolitischen Unterlassungssünden des vergangenen (Wahl-)Jahres mit einer großen Hypothek vorbelastet. Durch die allzu lange Verzögerung der DM-Aufwertung hat sich ein Boom entfaltet, dessen unangenehmste Symptome in diesen Wochen und Monaten sichtbar werden. Die Wirkung der restriktiven Maßnahmen wird erst allmählich einsetzen. Vieles spricht dafür, daß sich im Verlauf der zweiten Jahreshälfte die Konjunktur beruhigen wird; die Auftragseingänge zeigen bereits die ersten Abschwächungstendenzen. Die Wirtschaftspolitik muß in dieser Lage jede Hektik vermeiden, und sie muß sich darauf gefaßt machen, rechtzeitig ihren Drosselungskurs aufzugeben.

Boomartige Hochkonjunktur

Zum zweiten Mal nacheinander mußte der Konjunkturbeobachter am Ende eines Jahres konstatieren, daß der wirtschaftliche Aufschwung erheblich unterschätzt worden ist. Schon 1968 hatte das wirtschaftliche Ergebnis die ursprünglichen Erwartungen weit übertroffen. Statt des von den großen Wirtschaftsforschungsinstituten und der Bundesregierung prognostizierten Anstiegs des realen (preisbereinigten) Bruttosozialprodukts um rd. 4 % [1] ergab sich damals eine Wachstumsrate von nicht weniger als 7,6 % [2]. Nicht viel geringer war die Diskrepanz im vorigen Jahr. Für 1969 hatten die Wirtschaftsforschungsinstitute überwiegend eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts von 4 % erwartet, die Bundesregierung eine solche von 4,5 % [3]. Nach dem nun vorliegenden amtlichen Ergebnis hat die tatsächliche Wachstumsrate sogar 8,4 % betragen [4]. In der Tat sind die treibenden Kräfte des Aufschwungs weit stärker gewesen als ursprünglich erwartet. Dies galt vor allem für die Nachfrage des Auslands nach deutschen Gütern sowie – zumindest teilweise als Folge davon – für die Investitionsneigung der Unternehmer. Beide nahmen vor allem in der ersten Jahreshälfte geradezu boomartige Züge an.

Die Ausgangslage Ende 1968

Die „Güte“ von Prognosen hängt ab von der Richtigkeit ihrer Prämissen. Die Fehleinschätzung der Konjunktur des Jahres 1969 durch sämtliche wissenschaftliche Prognostiker ist, wenn nicht allein, so doch im wesentlichen auf eine einzige Fehlhypothese zurückzuführen: die Einschätzung der Weltkonjunktur. Die Konjunktur des Auslandes ist der maßgebliche Bestimmungsfaktor für kurzfristige Veränderungen der Ausfuhr. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen macht in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand von 1968 rd. 20 % der Gesamtnachfrage und fast 24 % des Bruttosozialprodukts aus. Die Entwicklung der Ausfuhr hat damit erhebliche Bedeutung für die Konjunktur unserer Volkswirtschaft.

Überraschend starke Auftriebskräfte vom Export

In welchem Umfang die unerwartet große Ausfuhrsteigerung für die gleichfalls unerwartet hohe Zunahme der Investitionen verantwortlich war, ist nicht zu ermitteln. Auf jeden Fall aber bestehen hier Zusammenhänge der Art, daß der Exportboom auch den Investitionsboom angeheizt hat. Die Unternehmer revidierten ihre Investitionspläne nach oben, und die ursprünglich von den Wirtschaftsforschungsinstituten auf 18,5 % prognostizierte Zunahme der Ausrüstungsinvestition betrug 27,9 % [5]. Doch nicht nur die Investitionsneigung wurde durch den überraschend großen Exportanstieg beflügelt. Vielmehr haben beide auch zur verstärkten Einkommensbildung bei den privaten Haushalten beigetragen, indem mit Gewißheit das Arbeitsvolumen (geleistete Stundenzahl insgesamt), wahrscheinlich aber auch der effektive Stundenverdienst

*) Überarbeiteter Auszug aus: Schmahl, Hans-Jürgen: Die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1969 (Jahresübersicht). VDI-Z Bd. 111 (1969) Nr. 24, S. 1723/30.

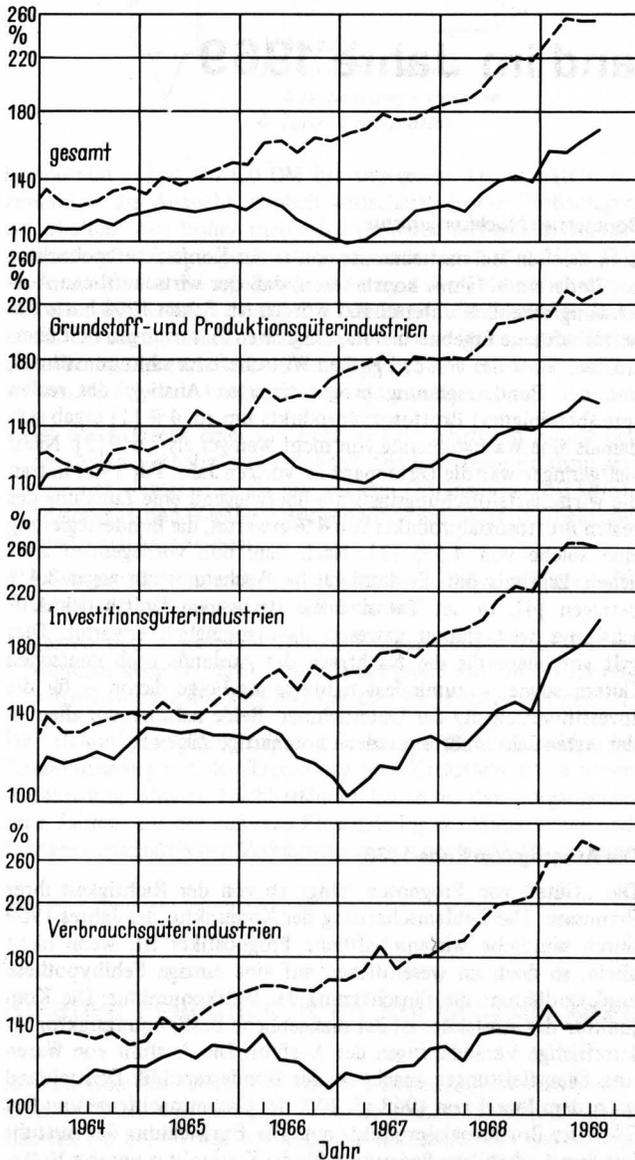
Dr. Hans-Jürgen Schmahl ist Leiter der Hauptabteilung Allg. Wirtschafts- und Konjunkturpolitik im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv.

Bild 1 bis 4. Auftragseingang bei der Industrie bezogen auf den Auftragseingang 1962 (= 100).

— aus dem Inland
 - - - - aus dem Ausland
 logarithmischer Maßstab
 zweimonatlich saisonbereinigt

Auftragseingänge aus dem Inland bis Dezember 1967 einschließlich kumulierter Umsatzsteuer; ab Januar 1968 ohne Mehrwertsteuer. Auftrags-
 eingänge aus dem Ausland ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer

Quelle: Deutsche Bundesbank



höher ausfiel als ohnedem. So ist schließlich auch der private Konsum rascher gestiegen als ursprünglich angenommen werden konnte. Es ist daher zulässig, die Ursache für die vorjährige Unterschätzung der Aufschwungkkräfte weitgehend auf die zu pessimistische Einschätzung der Weltkonjunktur zurückzuführen, die allerdings aus der damaligen Situation heraus erklärlich war.

Von der expansiven zur restriktiven Wirtschaftspolitik

Zu Beginn des Jahres 1969 standen die konjunkturpolitischen Absichten der Bundesregierung ganz im Zeichen des Bemühens, die kombinierte Wirkung von Ersatzaufwertung der DM und – vermeintlicher – Abkühlung der Weltkonjunktur auf unsere Volkswirtschaft durch „flankierende“ Expansivmaßnahmen einigermaßen auszugleichen. Schon bald zeigte sich jedoch, daß die Auslandsnachfrage viel stärker zunahm, Bild 1 bis 4, als man

zunächst erwartet hatte, und daß auch die Inlandsnachfrage überraschend lebhaft anstieg, Bild 5 und 6. Am 18. März wurde eine Reihe von finanzpolitischen Dämpfungsmaßnahmen beschlossen, die „die erkennbaren Gefahren für den Geldwert bannen und damit eine Fortsetzung der Expansion in Stabilität ermöglichen“ sollten [6]. Ihnen folgten im Juli weitere Maßnahmen, u.a. der Beschluß zur Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage. Die Deutsche Bundesbank erhöhte am 18. April den Diskontsatz von 3 auf 4 %, nachdem sie schon vorher ihre „Offenmarktpolitik in langfristigen Papieren“ eingestellt hatte, durch die sie eine Zeitlang den Kapitalmarktzins am Steigen gehindert hatte.

Kreditpolitik im Dilemma

In den darauffolgenden Monaten folgten dann weitere Restriktionsmaßnahmen. So wurde der Diskontsatz am 20. Juni auf 5 % und am 12. September auf 6 % erhöht, die Mindestreservesätze am 1. Juni und nochmals am 1. August heraufgesetzt. Die Bundesbank sah sich dabei in einem Dilemma. Einerseits wollte sie den Kredit verknappen – was angesichts der Liquiditätsfülle des Bankensystems ohnehin nicht leicht zu erreichen war – und verteuern, andererseits mußte sie dabei auf die Zahlungsbilanz Rücksicht nehmen. Es galt nämlich, den ungewöhnlich hohen Kapitalexport nicht zu gefährden, der dafür sorgte, daß die hohen Überschüsse der Leistungsbilanz wenigstens nicht zu hohen Devisenzuflüssen führten. In der Tat sind glücklicherweise im vorigen Jahr

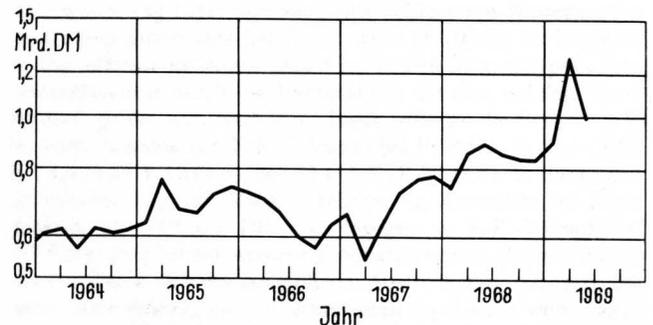
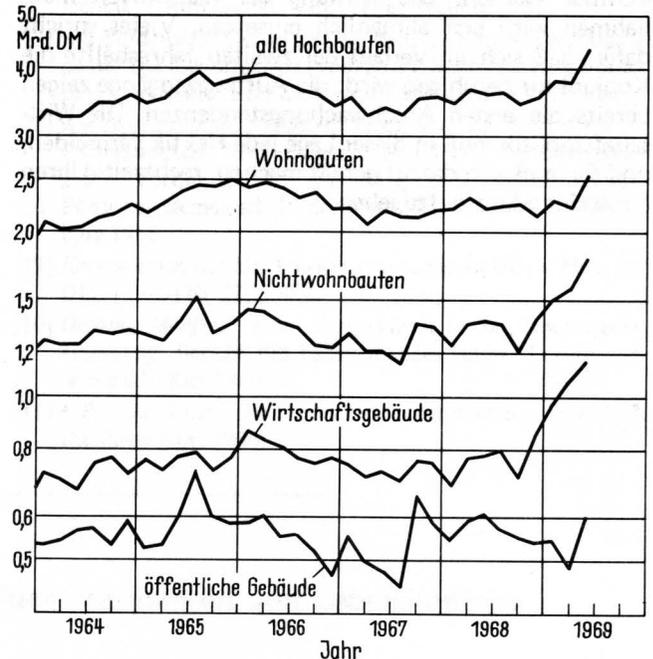


Bild 5 und 6. Erteilte Baugenehmigungen für Hochbauten und Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand.

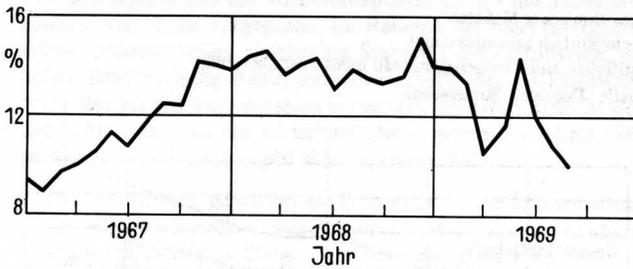
für Hochbauten: veranschlagte reine Baukosten

für Tiefbauaufträge: Auftragswerte

logarithmischer Maßstab

zweimonatlich saisonbereinigt

Bild 7. Liquiditätsreserven in % der Einlagen.



die Überschüsse bei den laufenden Posten der Zahlungsbilanz (Handel, Dienstleistungen und Übertragungen) durch einen extrem hohen Kapitalexport mehr als ausgeglichen worden. Allein Geldzuflüsse, die vor allem im Zusammenhang mit Aufwertungserwartungen standen, führten bis zur Aufwertung der DM zu einem Zufluß bei den zentralen Währungsreserven. Die Bundesbank mußte darauf bedacht sein, den Zins im Inland nicht so weit an das Zinsniveau im Ausland herankommen zu lassen, daß der Kapitalexport dadurch merklich beeinträchtigt wurde. Ihr zinspolitischer Spielraum wurde also durch die Zinspolitik des Auslandes bestimmt. Wie stets in der Vergangenheit führte auch diesmal die restriktive Kreditpolitik wegen des in der Bundesrepublik herrschenden engen Zusammenhangs zwischen Geld- und Kapitalmarkt zu steigenden Kapitalmarktzinsen. Die Emissionsrendite festverzinslicher Wertpapiere stieg von ihrem Tiefpunkt im Februar 1969 bis Dezember von 6,2 auf 7,1 % [7]. Auch die freien Liquiditätsreserven der Banken sind, bezogen auf die (bis zu vier Jahren befristeten) Einlagen, gesunken, wenn auch zeitweilig als Folge spekulativer Geldzuflüsse aus dem Ausland wieder eine Zunahme eintrat. Ende Januar hatten die liquiden Reserven noch 14,2% der Einlagen betragen, Ende August dagegen nur noch 10,0%, Bild 7.

Antizyklische Finanzpolitik

Mit der Hochkonjunktur haben auch die Steuereingänge beträchtlich zugenommen. So waren die Einnahmen des Bundes in den ersten elf Monaten v.J. um 18,1 % höher als in der gleichen Zeit des Jahres 1968. Der besonders in einem Jahr der Bundestagswahl naheliegenden Verlockung, dementsprechend auch die Ausgaben zu erhöhen, hat zumindest der Bund widerstanden. Seine Ausgaben nahmen in den gleichen elf Monaten nur um 6,1 % zu, mit der Folge, daß der sog. Nettofinanzierungssaldo mit 2,4 Mrd. DM positiv war, während in der gleichen Zeit von 1968 ein Defizit von 4,6 Mrd. DM eingetreten war [8]. Die inflatorische Rolle der Finanzpolitik im Wahljahr 1965 hat sich also nicht wiederholt.

Die Bundesfinanzen haben vielmehr tendenziell antizyklisch gewirkt. „Freilich ergibt sich der restriktive Effekt weit überwiegend aus der Nichtverausgabung konjunkturbedingter Steuermehreinnahmen und nur zum kleineren Teil durch Kürzung der in den Haushaltsplänen vorgesehenen Ausgaben, die vielmehr – für alle Gebietskörperschaften zusammen gesehen – stärker als im Jahr 1968 und wohl auch stärker als das reale Sozialprodukt steigen“, stellte die Bundesbank allerdings schon frühzeitig fest: „Ob also das Ausmaß der fiskalischen Gegensteuerung bereits ausreicht, um den gewünschten Effekt der Konjunkturglättung zu erzielen, muß angesichts der Stärke des Booms bezweifelt werden. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz würde jedenfalls weitere Möglichkeiten zu antizyklischer Fiskalpolitik bieten“ [9].

Bild 8. Kapazitätsauslastung der Betriebe.

betriebsübliche Vollauslastung = 100
saisonbereinigte Werte für die Monate Januar, April, Juli, Oktober
/// Abschwungphasen der Industrieproduktion (Ergebnisse des Ifo-Konjunkturtests)

Quelle: Ifo-Institut

Der Streit um die Aufwertung

Zunehmende Zweifel an der Fähigkeit Frankreichs, mit den außenwirtschaftlichen Folgen der Revolte vom Mai 1968 ohne Abwertung fertig zu werden, dazu immer deutlichere Eindrücke, daß die Ersatzaufwertung der DM ohne nennenswerten Erfolg bleiben würde, lösten Anfang Mai vorigen Jahres eine erneute internationale Währungskrise aus. Damit wurde die Frage einer Aufwertung der DM erneut akut. Gegenüber der Entscheidung der Bundesregierung vom November 1968, nicht aufzuwerten, hatte sich die Lage vor allem in drei Punkten geändert:

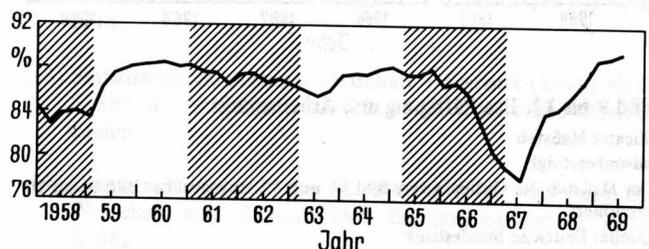
1. Der starke weitere Anstieg der Auslandsnachfrage hatte erkennen lassen, daß die Ersatzaufwertung völlig ungenügend war.
2. Die Konjunktur in der Bundesrepublik zeigte inzwischen eindeutige Überhitzungsmerkmale.
3. Die Hoffnung auf Währungsabwertungen anderer Länder, die den Novemberbeschluß der Bundesregierung mitbestimmt hatten, war nicht in Erfüllung gegangen.

Die veränderte Lage veranlaßte den Bundeswirtschaftsminister, nunmehr für eine Aufwertung der DM einzutreten. Doch Bundeskanzler und Bundesfinanzminister und mit ihnen die Mehrheit des Kabinetts lehnten die Aufwertung abermals ab. Sie haben „damit, bewußt oder nicht, zugleich für die inflatorische Anpassung votiert. Denn nichts anderes bedeutet der Verzicht auf Änderung der Währungsparität bei der starken Preis- und Kostendisparität zwischen In- und Ausland“ [10]. Es bleibt festzustellen, daß mit der Ablehnung der DM-Aufwertung im Mai die Chance vergeben worden ist, einen – bei genügend hohem Aufwertungssatz – wirksamen Beitrag zur Preisstabilität und zur Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zu leisten. Die von dem überwältigenden Druck der Marktkräfte erzwungene Freigabe des DM-Kurses am 29. September, die de facto eine Aufwertung bedeutete, kam dafür zu spät. Am 27. Oktober wurde die Aufwertung auch formal vollzogen, indem eine neue Parität von 3,66 DM statt bisher 4,- DM je Dollar festgesetzt wurde.

Erhebliche Produktionsausweitung

Die nur wenig gebremste Nachfrageexpansion führte dazu, daß die Gesamtnachfrage – Konsum, Investition und Export – im 1. Halbjahr 1969 um 13 % höher war als ein Jahr zuvor; im 2. Halbjahr war der Anstieg nicht weniger groß. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresabschnitt war das Volumen der industriellen Produktion insgesamt 1969 um 12,5 % höher, darunter die Produktion der Investitionsgüterindustrien um nicht weniger als 18,7 % [11].

Insgesamt nahm das reale Bruttosozialprodukt – das „volkswirtschaftliche Produktionsvolumen“ – im Jahre 1969 um fast 8,4 % zu, ein Ergebnis, das nur dank der außergewöhnlich starken Erhöhung der Produktion je Erwerbstätigen (Produktivität) von 6,5 % möglich war [12]. In diesem Zusammenhang ist gelegentlich von dem „Produktivitätswunder“ des Jahres 1969 gesprochen worden. In der Tat ist das Ausmaß des Produktivitätsanstiegs überraschend, da der Produktivitätseffekt einer steigenden Kapazitätsauslastung im vorigen Jahr eine viel geringere Rolle gespielt hat als 1968. Vielmehr wurde schon 1968 ein sehr hoher Stand der Kapazitätsauslastung erreicht, Bild 8.



„Produktivitätswunder“ bremste Kostenanstieg

Eine wichtige Konsequenz des kräftigen Produktivitätsanstiegs bestand darin, daß der sich beschleunigende Lohnauftrieb eine ganze Zeitlang so weit kompensiert wurde, daß es kaum zu steigenden Lohnkosten je produzierter Einheit kam. Dieser Umstand erklärt zumindest teilweise den bis in den Herbst hinein recht gemäßigten Anstieg des Preisniveaus. Schon seit Mitte des Jahres war der deutsche Arbeitsmarkt praktisch leergefegt. Die Anzahl der Arbeitslosen hatte wieder die vor der Rezession übliche Größenordnung erreicht, die der offenen Stellen schon seit April alle früheren Rekorde übertroffen. Im Juli kamen bereits auf jeden Arbeitslosen acht offene Stellen. Allein die kräftig zunehmende Anzahl von Gastarbeitern, die im Juni mit 1,37 Millionen den alten Höchststand und im September erstmals die 1,5-Millionen-Grenze überschritt, ist noch eine nennenswerte Quelle für zusätzliche Arbeitskräfte, Bild 9 bis 12.

Unter diesen Bedingungen verstärkte sich vor allem der Anstieg der Effektivlöhne, ein Ausdruck für das Wirken der Marktkräfte, während sich das Tariflohn- und Gehaltsniveau zwar ebenfalls beschleunigt, aber weniger rasch als das Niveau der Effektivlöhne erhöhte, Bild 13 und 14. Daß es dennoch zu einem Stau bei den Lohnwünschen kam, die – nach der Reaktion der Arbeitgeber zu urteilen – auch marktgerecht waren, zeigte sich in einer Serie „wilder Streiks“, vor allem in der Stahlindustrie und im Steinkohlenbergbau, im September. Damit begann eine Phase erheblich höherer Lohnsteigerungen, als sie zuvor gewährt worden waren.

Preiserhöhungen in Grenzen

Dies hatte allerdings die Erzeuger industrieller Produkte nicht gehindert, in – marktwirtschaftlich konsequenter – Ausnutzung der günstigen Absatzsituation die Preise dennoch zu erhöhen. Deren Anstieg betrug von Februar bis April 0,4%, von Mai bis Juli aber schon 0,7% und von August bis November sogar 2,4%.

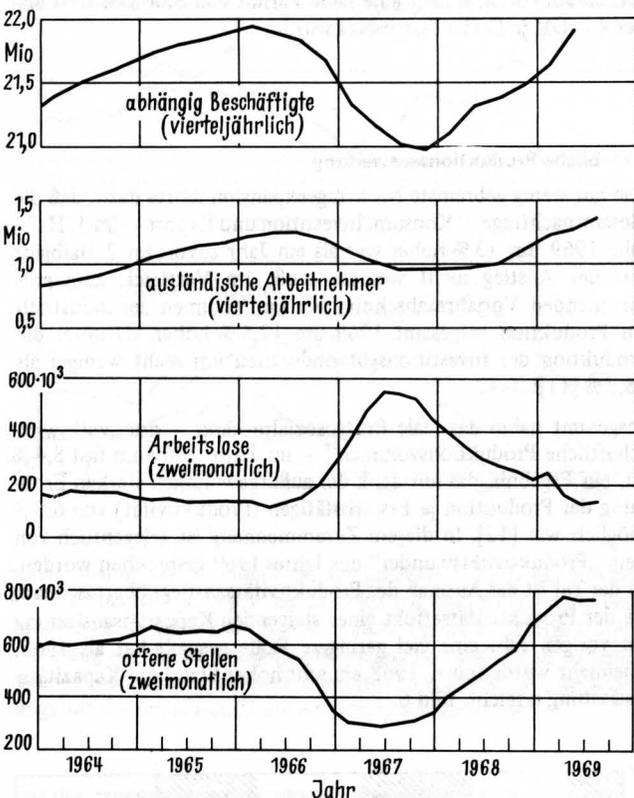
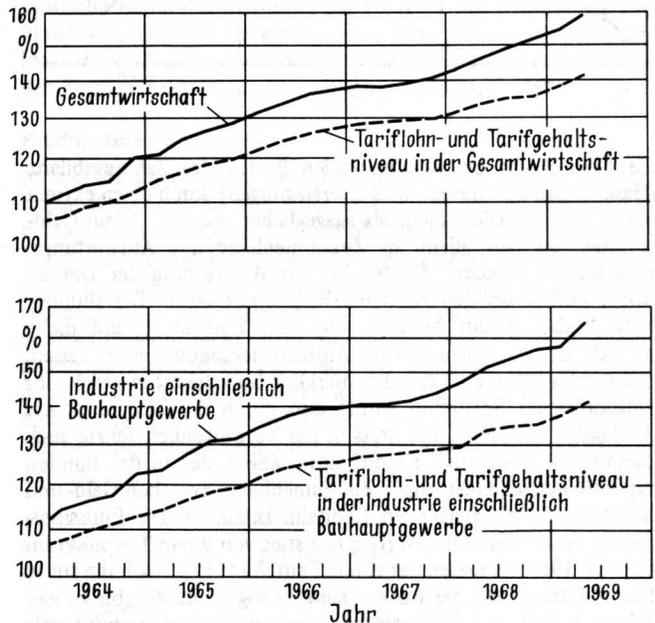


Bild 9 bis 12. Beschäftigung und Arbeitsmarkt.

linearer Maßstab
saisonbereinigt
Der Maßstab der Ordinate von Bild 11 und 12 ist gegenüber Bild 9 und 10 vergrößert
Quelle: Deutsche Bundesbank

Bild 13 und 14. Bruttolöhne und Bruttogehälter je Beschäftigten (1962 = 100).

logarithmischer Maßstab
vierteljährlich saisonbereinigt
Tariflohn- und Tarifgehaltsniveau nicht saisonbereinigt
Quelle: Deutsche Bundesbank



Dezember wurde der Vorjahresstand um 4,7% überschritten. Um zu ermessen, was diese Größenordnung für industrielle Verhältnisse bedeutet, braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß vorher der stärkste Anstieg der industriellen Erzeugerpreise in den sechziger Jahren 2,9% (Juli 1965 gegen Juli 1964) betragen hatte [13].

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte war im Dezember 2,8% höher als ein Jahr zuvor. Eine Verzögerung bei der Weitergabe von Preiserhöhungen von Stufe zu Stufe ist jedoch durchaus üblich, so daß eine Verstärkung des Preisauftriebs auch auf der Verbraucherebene zu erwarten ist.

Man kann lediglich mit einer Dämpfung des Anstiegs der Nahrungsmittelpreise rechnen, wie die Umkehr der Preistendenz bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen zeigt, Bild 15. Auch die Aufwertung wird dazu beitragen.

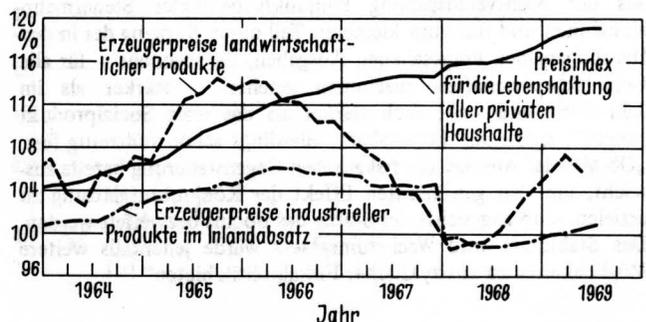


Bild 15. Erzeugerpreise landwirtschaftlicher und industrieller Produkte sowie Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1962 = 100).

linearer Maßstab
zweimonatlich saisonbereinigt

Bilanz 1969

Der Gesetzgeber hat der Wirtschaftspolitik im § 1 des Stabilitätsgesetzes vier Ziele vorgegeben. Im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung sollen gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum erreicht werden [14]. Mißt man das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres 1969 an diesen Zielen, dann ergibt sich folgendes Bild:

1. Das Preisniveau, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, hat sich um $2\frac{3}{4}\%$ erhöht und tendierte gegen Jahresende zu Steigerungssätzen von etwa 3%.
2. Der heimische Arbeitsmarkt ist leergefegt, es herrscht eher Überals Vollbeschäftigung.
3. Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht ist nicht weniger groß gewesen als 1968. Mit der DM-Aufwertung wurden allzu spät neue Daten gesetzt.
4. Das Wirtschaftswachstum, gemessen an der Zunahme des realen Bruttozialprodukts, war weit stärker, als es mittelfristig erreichbar sein könnte.

Die Aussichten für 1970

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1970 ist – wie stets – in nicht unerheblichem Maße durch die Entwicklung des vorangegangenen vorbestimmt. Die Konsequenzen der unzureichend gezügelten Überkonjunktur des Jahres 1969 werden in der Tat trotz DM-Aufwertung das Bild des Jahres 1970 prägen. Der Höhepunkt der Nachfrageentwicklung dürfte zwar in absehbarer Zeit erreicht sein, d.h. der (von Saisonschwankungen bereinigte) Auftragseingang dürfte sehr bald nicht mehr ansteigen. Damit läßt sich jedoch nicht verhindern, daß die nach aller Erfahrung und Einsicht in die Zusammenhänge stets um etliche Monate nachhinkende Preis- und Kostenentwicklung während des größten Teils des Jahres 1970 im Zeichen kräftigen Anstiegs stehen wird. Die Zeche für die Unterlassungssünden des Wahljahres wird 1970 gezahlt, und zwar in der Form einer Rate des Geldwertverlustes – gemessen am Anstieg der Lebenshaltungspreise –, die oberhalb der 3%-Marke liegen wird. Diese Hypothek kann auch durch die späte, allzu späte Aufwertung der DM nicht mehr getilgt, sondern allenfalls ihre Last etwas verringert werden. Die Investitionstätigkeit, eine der beiden „Schlüsselgrößen“ des bisherigen Konjunkturverlaufs, dürfte zunehmend langsamer steigen und im Verlaufe des zweiten Halbjahrs wohl auf hohem Niveau stagnieren. Bei den Ausrüstungsinvestitionen spricht dafür vor allem die beginnende Gewinnklemme, bei den Bauten mehr die Wirkung des Zinsanstiegs und der Zurückhaltung der Öffentlichen Hand. Die zweite „Schlüsselgröße“ war bislang die Auslandsnachfrage. Infolge der Aufwertung wird die Ausfuhr nicht mehr so sehr steigen wie zunächst erwartet, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß sich ihre volle Wirkung erst mit Verzögerung durchsetzen wird. Der private wie der öffentliche Konsum wird im Sog des spätkonjunkturellen Einkommensanstiegs stehen. Die Gesamtnachfrage dürfte um 9 bis 10% zunehmen – nach 13% im Jahre 1969. Andererseits wird man die heimische Produktion sehr viel weniger ausdehnen können als bisher. Der Zuwachs an Kapazitäten ist zwar infolge der erheblichen Investitionstätigkeit beachtlich, doch die Heranziehung zusätzlicher Arbeitskräfte ist nur noch in geringem Umfang möglich. Die Anzahl der deutschen Erwerbstätigen geht nämlich aus demographischen Gründen zurück, so daß man einen Teil des Zustroms von Gastarbeitern zum Ausgleich der entstehenden Lücke benötigt. Die durchschnittliche Arbeitszeit wird leicht abnehmen, so daß kaum mit einem Anstieg des Arbeitsvolumens (Gesamtzahl der geleisteten Stunden) zu rechnen ist. Die Produktion je Stunde (Produktivität) wird erheblich langsamer als 1969 zunehmen, da der Effekt steigender Kapazitätsauslastung entfällt, während Behinderungen durch Engpässe zunächst noch zunehmen werden. Das reale Bruttozialprodukt dürfte nur noch um 4,5% (nach 8,4%) steigen.

Die Spannung zwischen der Nachfrage und dem Angebot wird noch nicht erheblich reduziert. Der sog. Preisindex des Bruttozialprodukts wird um etwa 4,5% (1969: 3%) ansteigen, das Verbraucherpreisniveau um über 3% (nach 2,5% im Jahre 1969 und 1,5% im Jahre 1968). 1970 wird also der Höhepunkt der Nachfrageentwicklung überschritten, der Höhepunkt des Preis- und Kostenanstiegs erst erreicht, der fundamentale Ausfuhrüberschuß aber erst etwas verringert, da sich die Aufwertung nur allmählich auswirken wird.

Die Anforderungen an die Wirtschaftspolitik werden hoch sein. Sie hat den rechten Zeitpunkt für die Aufgabe des Restriktionskurses zu finden, wenn nicht der Boom wieder in eine Rezession münden soll. Dies bedeutet aber, die Bremsen bereits zu lockern, während die Preise noch steigen.

Schrifttum

- [1] Mit Streuungen von 3% (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) über 4% (Bundesregierung) bis 5% (Ifo-Institut, München). Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1968 der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache V/2511 vom 25.1.1968, S. 8.
- [2] Nach der revidierten amtlichen Rechnung. Vgl. Statistisches Bundesamt: Wirtschaft u. Statistik (1969) Nr. 9, S. 484.
- [3] Jahreswirtschaftsbericht 1969 der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache V/3786 vom 31.1.1969, S. 14 ff.
- [4] Statistisches Bundesamt: Wirtschaft u. Statistik (1970) Nr. 1, S. 15.
- [5] Vgl. [4].
- [6] BMWi: Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Monatsbericht (1969) Nr. 3, S. 2.
- [7] Deutsche Bundesbank: Monatsberichte (1970) Nr. 2, S. 49.
- [8] Bundesministerium der Finanzen: Finanznachrichten (1969) Nr. 171, S. 2.
- [9] Deutsche Bundesbank: Monatsberichte (1969) Nr. 8, S. 7.
- [10] Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv: Konjunktur von morgen (1969) Nr. 287, S. 1.
- [11] Statistisches Bundesamt: Industrie u. Handwerk, Reihe 2, Dez. 1969, S. 18.
- [12] Statistisches Bundesamt: Wirtschaft u. Statistik (1970) Nr. 2, S. 14.
- [13] Statistisches Bundesamt: Wirtschaft u. Statistik (1970) Nr. 2, S. 38* u. Jahrgänge 1960 bis 1968. Statistische Monatszahlen.
- [14] Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967, Bundesgesetzblatt I 1967, S. 582.